

## Open Access Publishing

# Der goldene Weg ins Gestrüpp

**Ärzte und Naturwissenschaftler begrüßen den freien Internetzugang zur Weltliteratur. Dahinter verbirgt sich jedoch ein kompliziertes Geflecht ungelöster Fragen zum Urheberrecht.**

Google's jüngster Coup, Millionen eingescannter Bücher ohne ausdrückliche Genehmigung der Urheber ins Internet zu stellen, hat einem bislang wenig beachteten Insider-Thema zu weltweiter Aufmerksamkeit verholfen. Unter *Open Access Publishing* verstehen Fachleute den barrierefreien Zugang zu publizierter Literatur. Dieser erfolgt entweder über den so genannten „goldenen Weg“, bei dem der Verlag die Zugriffsrechte gewährt, oder über den „grünen Weg“, der dem Autor das Recht einräumt, bereits Publiziertes nachträglich online zu publizieren.

Für Aufregung sorgte, dass Google keinen der beiden Wege einhielt. Wie schon bei seinem Projekt *Street View* schaffte der Konzern mit *Google Books* zunächst einmal vollendete Tatsachen und wartete dann auf die Proteste der Betroffenen. Die ließen nicht lange auf sich warten. Im Mai dieses Jahres kam es zu einem ersten gerichtlichen Vergleich, der im Oktober bestätigt werden soll. Er sieht vor, den Inhabern der Rechte für jedes gescannte Werk einmalig 60 Dollar für die bisherige Verwendung zu zahlen. Für künftige Einnahmen aus der Nutzung will Google 63 Prozent an die Urheber weitergeben.

## Appelle und Erklärungen

Auch in Deutschland sorgt dieser Coup für Wirbel, denn der Vergleich beruht auf einem hierzulande unbekanntem juristischen Verfahren, der *Class Action*. Es bewirkt, dass das US-Urteil für die Mitglieder einer bestimmten „Klasse“ weltweit bindend ist, also auch für deutsche Verleger und Autoren, deren Bücher in den USA digitalisiert wurden. Nun wehren sich nationale Organisationen wie die deutsche Interessenvertretung VG Wort im Namen ihrer Mitglieder. Der Germanistik-Professor Roland Reuß rief in seinem Heidelberger Appell ([www.textkritik.de/urheberrecht/appell.pdf](http://www.textkritik.de/urheberrecht/appell.pdf)) die Regierungen auf, der illegalen Veröffentlichung geistigen Eigentums Einhalt zu gebieten, denn die Freiheit von Literatur, Kunst und Wissenschaft stehe auf dem Spiel.

Nicht alle teilen jedoch diese Ansicht des Germanisten. Inzwischen habe man dazu gelernt, schrieb der Publizist Johan Schloemann kürzlich in der SZ. Das Masendigitalisierungsprojekt von Google und *Open Access* in den Wissenschaften seien ganz verschiedene Fragen, die nicht zusammengehören. Coliquio, ein Expertennetzwerk für Ärzte ([www.coliquio.de](http://www.coliquio.de)) fand heraus, dass speziell unter Medizinem über 80 Prozent *Open Access* uneingeschränkt befürworten, denn es macht Wissen schnell und kostenlos verfügbar, senkt die Publikationskosten und den Zeitbedarf für Recherchen und fördert zudem die Zusammenarbeit zwischen Forschern.

Ähnlich positiv sahen das auch bekannte Wissenschaftler, die bereits 2002 in der Budapester Erklärung forderten: „Frei zugänglich im Internet sollte all jene Literatur sein, die Wissenschaftler ohne Erwartung, hierfür bezahlt zu werden, veröffentlichen.“ Es ging dabei um den Online-Zugriff auf Artikel, die zuvor eine fachliche Begutachtung (Peer Review) durchlaufen hatten, nicht um Lehrbücher; deren Erträge sollten nicht angetastet werden.

Mediziner und andere Naturwissenschaftler wollen mit solchen Publikationen ohnehin kein Honorar verdienen, sondern ihre Karriere fördern. Gerade Gutachter von angesehenen Fachzeitschriften stellen hohe Qualitätsansprüche und lehnen einen Großteil der eingesandten Arbeiten ab. Wer diese Hürde erfolgreich genommen hat, möchte natürlich weltweit gelesen und zitiert werden. Deshalb ist der barrierefreie Zugang zu solchen Arbeiten ein großer Vorteil.

2003 wurde zusätzlich eine Berliner Erklärung verabschiedet, die neben der eigentlichen Publikation auch die zugehörigen Forschungsdaten öffentlich zugänglich machen will. So können teure Experimente mehrfach genutzt und Fälschungen leichter entdeckt werden. Auch diese Initiative wird von vielen deutschen

Forschungsinstitutionen wie Max-Planck-Gesellschaft und Hochschulrektorenkonferenz sowie der internationalen Open Source Initiative unterstützt.

## Finanzielle Sackgasse

Während also Wissenschaftler mit *Open Access* rundum zufrieden sind und Lite-

## Piraten greifen nach der Macht

Vier Schweden wurden am 17. April 2009 zu einer millionenschweren Geldstrafe und einem Jahr hinter „schwedischen Gardinen“ verurteilt. Ihr derart handfest geahndetes Vergehen spielte sich allerdings in einer virtuellen Welt ab: Sie waren von ihrer Website *The Pirate Bay* ausgeschwärmt, um Autoren und Künstlern in aller Welt geistiges Eigentum zu entwenden und dieses kostenlos weiter zu verteilen.



The Pirate Bay

Die dafür verwendete Technik heißt *Bit Torrent Tracking*, was man etwas frei als (Um-)Lenkung von Datenströmen bezeichnen könnte. Damit schufen die Piraten technische Voraussetzungen dafür, dass sie selbst nur als Vermittler auftraten, während Millionen anderer Internet-User zu Tätern wurden. Diese knifflige juristische Situation dürfte die Gerichte noch Jahre beschäftigen. Derweil wächst die Zahl der Sympathisanten.

raten immerhin politische Unterstützung erfahren, sieht es für eine dritte Berufsgruppe düster aus: Wissenschaftsjournalisten erhalten durch den offenen Wissenszugang immer weniger Aufträge. Für sie wird der goldene Weg zur finanziellen Sackgasse, denn in der Regel sind Verlage nicht bereit, für kostenlos verfügbare Informationen Honorare zu zahlen.

Dr. Claudia Borchard-Tuch  
[claudia.borchard-tuch@a-city.de](mailto:claudia.borchard-tuch@a-city.de)

# Der Autor zahlt

**Fachpublikationen erleben derzeit einen geradezu inflationären Wertverfall, der den Verlagen die wirtschaftliche Grundlage entzieht. Ist Open Source der geniale Ausweg aus der Misere?**

Wissenschaftliche Zeitschriften werden oft von kommerziellen Verlagen herausgegeben, gehorchen aber nicht unbedingt

Am Tag der Verurteilung sollen 3.000 Menschen der schwedischen *Piratenpartei* beigetreten sein. Sie hat mit der Webseite *Pirate Bay* außer der Namensähnlichkeit wenig zu tun, sitzt nun aber ganz überraschend im Europaparlament. Überrascht war auch das renommierte Wirtschafts-Internetportal *Xing*, das in Deutschland zur Europawahl eine Plattform für die im Bundestag vertretenen Parteien einrichtete und die Besucher virtuell abstimmen ließ. Union, SPD, FDP, Grüne und Linke scheiterten dort an der 5%-Hürde, die *Deutsche Piratenpartei* dagegen erhielt von der Internetgemeinde Dreiviertel aller Stimmen.

Das politische Programm der Piraten konzentriert sich auf freien Wissensaustausch im Internet, Reform des Urheber- und Patentrechts und Datenschutz. In seiner Enge und gleichzeitigen Weite erinnert dieser Anspruch an die Ideen der Grünen in den 1970er-Jahren, die heute Eingang in fast alle Parteiprogramme gefunden haben. Die Piraten wirken vielleicht ebenso exotisch wie einige der damaligen Ökoaktivisten und bewegen sich wie manche von ihnen am Rande der Legalität. Man sollte sie aber als politische Bewegung nicht unterschätzen; wer weiß, was sich noch einmal daraus entwickelt.

gh

den normalen Regeln des Kommerzes. Es ist zum Beispiel nicht die Nachfrage des Endverbrauchers, die – wie sonst üblich – das Produktionsvolumen bestimmt. Die Zahl der wissenschaftlichen Zeitschriften hat sich seit dem 17. Jahrhundert mit schöner Regelmäßigkeit etwa alle 15 Jahre verdoppelt, aber das passierte nicht etwa, weil eine exponentiell wachsende Leserschaft nach mehr Lektüre verlangte, sondern weil die Zahl und Produktivität der Wissenschaftler so rasant zunahm.

Allein im Jahr 2006 erschienen unglaubliche 1,6 Milliarden begutachtete Fachartikel. Wer soll das alles lesen, geschweige denn bezahlen? Da das Interesse nicht von der Leserschaft ausgeht, können die Verlage diese dafür auch kaum zur Kasse bitten. Deshalb hat sich in der Welt der wissenschaftlichen Journale ein etwas ungewöhnliches Geschäftsmodell entwickelt. Abgesehen von wenigen Spitzenzeitschriften wie *Nature* und *Science*, die weiterhin ein lesewilliges Abonnentenpublikum erreichen, finanzieren sich die meisten aus dem Umstand, dass Universitätsbibliotheken sich mehr oder weniger verpflichtet haben, alles zu kaufen, was gedruckt wird, egal zu welchem Preis. Einige große Verlage wie etwa Elsevier machen mit diesem Geschäftsmodell sehr gutes Geld.

## Kreative Ideen

Seit Jahren ächzen die Universitäten unter der finanziellen Bürde, während sich in ihren Bibliotheken die Regale unter der schieren Last des gedruckten Papiers biegen. Da kommt die fortschreitende Umstellung auf elektronische Medien gerade zur rechten Zeit. Sie entlastet die Bibliotheken und bringt die Verlage auf innovative Geschäftsideen. Wenn ein Artikel nur online erscheint, sind die Erstellungskosten davon unabhängig, wie viele Menschen ihn lesen. Es fallen nur einmalig administrative und redaktionelle Kosten an, und die werden immer häufiger demjenigen in Rechnung gestellt, der das stärkste Interesse an der Publikation hat, nämlich dem Autor.

Auf dieser Idee beruht auch das erfolgreiche Modell der *Public Library of Science* (PLOS), die inzwischen eine ganze Reihe von renommierten Zeitschriften nach dem Prinzip „Autor zahlt“ betreibt, darunter *PLOS Medicine* und *PLOS Biology*. Wenn der Autor knapp bei Kasse ist, darf er umsonst publizieren, ohne dass dies bei der Begutachtung berücksichtigt wird. Der PLOS-Mitarbeiter Bora Zivkovic äußerte kürzlich in einem Interview, er sei überrascht, dass trotzdem 90% aller

Artikel bezahlt würden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Denn dass die Bezahlung eine Rolle bei der Annahme vor allem durch finanzschwache Zeitschriften spielen könnte, zeigt das Beispiel einer Publikation, die bei einem Open Access Journal mit Peer Review eingereicht und tatsächlich angenommen wurde, obwohl sie kompletten Unsinn enthielt. Der Inhalt war von der Nonsense-Software SciGen ([pdos.csail.mit.edu/scigen](http://pdos.csail.mit.edu/scigen)) automatisch erstellt worden. Man muss dort nur die Autorennamen angeben und erhält aus einem Zufallsgenerator eine wissenschaftliche Abhandlung mit Methodik und Ergebnissen inklusive Literaturverzeichnis.



Ein gänzlich anderes Geschäftsmodell verfolgt die von Jimmy Wales gegründete Wikipedia. Diese aus dem Idealismus des frühen Internet geborene „free for all“ Enzyklopädie ist spendenfinanziert und hat sich so erfolgreich durchgesetzt, dass gedruckte Lexika inzwischen Schwierigkeiten haben, Kunden zu finden.

Allerdings treibt Wikipedia enormen Aufwand, um sich vor fehlerhaften Einträgen und Vandalismus zu schützen. In der deutschen Version musste das Kapitel über Darwin dieses Jahr sogar komplett für Einträge gesperrt werden, um Falschaussagen über die Evolutionstheorie zu verhindern. Auch sonst ist die vielgerühmte Freiheit, Wikipedia-Beiträge editieren zu können, in Deutschland gelegentlich eingeschränkt. Administratoren schlüpfen immer wieder in die Rolle von Gutachtern, wenn auch mit weniger Sachverstand.

Ob das *Open Source* Modell langfristig überleben kann, weiß nicht einmal Jimmy Wales. Er soll gesagt haben, Wikipedia kostenlos anzubieten sei entweder die genialste oder die dümmste Idee seines Lebens gewesen.

Dr. Michael Groß  
[www.michaelgross.co.uk](http://www.michaelgross.co.uk)